

Kantonsratssitzung vom 1. Juli 2010

Traktandum 23: Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Umsetzung der HarmoS-Ablehnung im Kanton Zug vom 12. Februar 2010 (1913.1/2).

*Anrede*

Die SVP-Interpellation steht in der Tradition der HarmoS-Debatte vor einem Jahr. Es werden Fragen zur Schule gestellt und Feststellungen formuliert, von denen viele nichts mit HarmoS zu tun haben. Das erschwert die politische Diskussion. Allerdings ist das Verdikt der HarmoS-Abstimmung ernst zu nehmen, in dem hauptsächlich ein Unbehagen mit der öffentlichen Schule ausgedrückt wurde. Die SVP bewirtschaftet nun dieses Unbehagen mit ihrem Talent als Seismograf für politische Themen weiter, was legitim ist. Es ist zu wünschen, dass die SVP dann auch konstruktive Beiträge leistet, wenn es darum geht, das Vertrauen der Bevölkerung in die Schule wiederum zu gewinnen. Einen konstruktiven Beitrag leisten etwa die fähigen Mitglieder der SVP im Bildungsrat und in gemeindlichen Schulbehörden, die es jedoch oft nicht gerade einfach mit ihrer eigenen Partei haben.

Die Resultate von Abstimmungen sind konsequent umzusetzen, auch wenn sie möglicherweise negative Auswirkungen haben. So steht ausser Diskussion, dass das zweite Kindergartenjahr nicht obligatorisch erklärt werden kann, auch wenn der zivile Ungehorsam gegen dieses Volksverdict gerade im Kanton Zug nicht unmissverständlicher sein könnte. Da ich davon ausgehe, dass auch bei den nächsten Wahlen die SVP mehr als fünf Prozent Wähleranteile erreichen wird, muss man annehmen, dass selbst SVP-Wähler Kinder bereits mit fünf Jahren in den Kindergarten schicken. Auch wenn viele Eltern eine frühere Einschulung wünschen, muss sich der Regierungsrat an den Wählerwillen halten und darf keine frühere Einschulung ermöglichen, ohne dafür den demokratischen Weg zu gehen.

Es ist der SVP zuzustimmen, dass HarmoS nicht über den Lehrplan 21 quasi über die Hintertür eingeführt werden darf. Wenn nämlich darin Lernziele für zwei Jahre Kindergarten definiert würden, käme dies einer Einführung des zweiten Kindergartenjahres gleich. Die CVP-Kantonalparteien der Zentralschweiz haben bereits vor einem Jahr in einer gemeinsamen Pressemitteilung gefordert, dass diesbezüglich der Volksentscheid respektiert wird. Im Fokus stand jedoch nicht der Kanton Zug sondern jene Innerschweizer Kantone, die noch bei weitem nicht überall über das Angebot von zwei Kindergartenjahren verfügen. Auch wenn vom Lehrplan 21 erst die Rahmenbedingungen bekannt sind, ist das Projekt zu wichtig, als dass man es auf dem Altar schulpolitischen Unbehagens opfern sollte.

Es wäre falsch, die Schule als Chemielabor-Kasten zu betrachten. Ebenso falsch wäre es jedoch, wenn in der Küche der heutigen Schule nicht immer wieder bessere Rezepte entwickelt würden und man diese zuvor nicht auch testen würde. Wir brauchen weiterhin eine Schulentwicklung hin zu einer noch besseren Schule, und dafür benötigen wir auch die Fachleute. Aber die Entwicklungsprojekte müssen für die Schulen mach- und ver-

kraftbar sein. Um das Vertrauen in eine gute Schule - die wir in Zug zweifellos haben – wieder zu gewinnen, muss die Schule den Dialog mit den Nicht-Fachleuten – den Eltern, den Grosseltern, der Bevölkerung – wieder so pflegen, dass sie auch verstanden wird. Und Lehrpersonen müssen wiederum den Raum erhalten, in Ruhe und verantwortlich ihrem Auftrag nachzukommen.